

## Entwicklungen & Trends 2025

### Tierschutz – zunehmend in der Defensive

von Nadine Carstens

Wer im Tierschutz aktiv ist, weiß: Es ist viel Geduld erforderlich. Denn wirkliche Meilensteine, die tatsächlich einer Vielzahl von Tieren helfen und ihre Lebens- und Haltungsbedingungen grundlegend verbessern, sind selten. Meistens sind politische Entwicklungen ein zäher Prozess, bei dem es oftmals einen Schritt weiter geht und kurz darauf wieder Rückschläge folgen oder Ankündigungen nicht eingehalten werden. Und wenn es Fortschritte gibt, dann sind sie oft nur sehr kleinteilig oder treten erst Jahre später in Kraft. Das Jahr 2025 hat dies bestätigt und fiel aus Tierschutzsicht sowohl mit Blick auf Bundesebene (siehe dazu den Beitrag von Thomas Schröder in diesem Kapitel, S. 278-282) als auch auf EU-Ebene ernüchternd aus. Doch Tierschutzverbände und -initiativen lassen sich davon nicht entmutigen und pochen weiterhin auf umfassende Reformen und Maßnahmen, um den Tierschutz trotz aller Widrigkeiten voranzutreiben.

#### Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2026 enttäuscht

Besonders enttäuscht zeigten sich Tierschutzverbände aus Deutschland und ganz Europa über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2026,<sup>1</sup> das Ursula von der Leyen, Kommissionspräsidentin der Europäischen Union (EU), Ende Oktober 2025 offiziell vorstellte: Tatsächlich fehlt in dem Dokument die seit Langem angekündigte, überfällige Reform der EU-Tierschutzgesetzgebung und damit auch eine Strategie zum Ausstieg aus der Käfighaltung, die Bestandteil der neuen Tierschutzgesetzgebung sein sollte. Dabei war laut Ankündigung der Kommission geplant, erste Legislativvorschläge der überarbeiteten Tierschutzvorschriften 2026 vorzulegen. Dies war nicht nur ein zentrales Versprechen im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) »End the Cage Age« zur Abschaffung der Käfighaltung, sondern wurde auch von Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Gesundheit und Tierschutz, mehrfach öffentlich bekräftigt. Als dieser im September 2024 ernannt wurde, gingen damit auch klare Erwartungen einher. Daher enttäuscht es Tierschützer:innen umso mehr, dass dieses zentrale Vorhaben nun im Arbeitsprogramm nicht enthalten ist.

Widersprüchlich ist das Fehlen der Tierschutzgesetzgebung insbesondere, nachdem die EU-Kommission zu einer »Aufforderung zur Stellungnahme« eingeladen hatte, an der sich Tierschutzorganisationen wie die Eurogroup for Animals und der Deutsche Tierschutzbund im Juli 2025 beteiligten, und angesichts der darauffolgenden öffentlichen Konsultation zur

**EU: Doch kein Ausstieg  
aus der Käfighaltung  
von Legehennen?**

Modernisierung der EU-Regelungen,<sup>2</sup> zu der Várhelyi als Reaktion auf die EBI »End the Cage Age« aufgerufen hatte und die bis zum 12. Dezember 2025 lief (Ergebnisse lagen zum Redaktionsschluss dieses *Kritischen Agrarberichts* [Ende November 2025] noch nicht vor).

#### *Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft*

Zuvor hatte bereits der sog. Strategische Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft in seinem Abschlussbericht<sup>3</sup> im September 2024 die Überarbeitung der Tierschutzvorschriften als wichtigen Handlungsbedarf benannt. Zum Hintergrund: Gegründet wurde der Strategische Dialog, um eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU zu gestalten. Unter dem Vorsitz von Professor Peter Strohschneider, der auch schon Vorsitzender der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) war, diskutierten ähnlich wie in der ZKL wichtige Interessenträger:innen aus der gesamten Lebensmittelkette, darunter Landwirt:innen, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen sowie Hochschulen, zentrale Fragen und Lösungsansätze rund um ein zukunftsfähiges Agrar- und Ernährungssystem. Mit dem im Januar 2025 ins Leben gerufenen European Board on Agriculture and Food (EBAF)<sup>4</sup> folgte die Europäische Kommission einem Vorschlag des Strategischen Dialogs. Das Folgegremium begleitet seither die Kommission dabei, politische Maßnahmen zu entwickeln, um die Visionen des Strategischen Dialogs umzusetzen, und berät im Bereich Landwirtschaft und Ernährung. (Zum Ganzen siehe auch das ausführliche Gespräch mit Peter Strohschneider in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 8-17.)

**Strategischer Dialog:  
Gemeinsame Vision  
für die Zukunft der  
Landwirtschaft ...**

#### *»Vision for Agriculture and Food«*

Die Überarbeitung der Tierschutzgesetzgebung samt einem Ausstieg aus der Käfighaltung hatte die Europäische Kommission daraufhin im Februar 2025 in ihrer »Vision for Agriculture and Food«<sup>5</sup> veröffentlicht. Zu dieser Zukunftsvision gehörte zudem die Forderung, dass importierte tierische Produkte auch den zukünftigen EU-Tierschutzstandards entsprechen sollen. So wäre eine Verbesserung der Tierhaltung in der EU möglich, ohne dass deutsche Landwirt:innen wirtschaftliche Einbußen durch Billigimporte befürchten müssen. Gleichzeitig könnte dies dazu führen, dass Partnerländer, die weiterhin Handel mit der EU betreiben wollen, ihre Standards ebenfalls anheben. Außerdem in der Vision aufgeführt ist der Wunsch nach einer »Diversifizierung der Proteinquellen« – das kann bedeuten, dass die EU in Zukunft mehr pflanzliche Proteine produziert. Der Deutsche Tierschutzbund kritisierte jedoch, dass ein Aktionsplan fehlt, wie die Umstellung auf pflanzliche Ernährung und Proteindiversifizierung gelingen kann.<sup>6</sup> Ohnehin fehlen in der Vision aus Tierschutzsicht wichtige Puzzleteile für eine vollständige Umstellung auf nachhaltigere und tierfreundlichere Systeme. So bleiben etwa die Angaben zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eher vage. Auch wenn eine Entbürokratisierung wünschenswert ist, hat die Vereinfachung der GAP letztlich zu Verschlechterungen von Umweltstandards geführt.

**... wird von der  
EU-Kommission  
aufgegriffen, jedoch  
ohne Aktionsplan**

#### *Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung schon lange überfällig*

Eine Novellierung der EU-Tierschutzgesetzgebung ist aus Sicht von Tierschützer:innen schon lange überfällig. Denn bis heute gibt es lediglich einzelne veraltete Gesetze und Verordnungen, die zudem nur Teilbereiche abdecken und dringend überarbeitet werden müssten – z. B. die Transport- oder die Schlachtverordnung. Viele hatten erwartet, dass die EU-Kommission einen ersten Vorschlag im Bereich Legehennen planen würde, um der Käfighaltung in der EU ein Ende zu bereiten. Denn die EU-Kommission steht nicht zuletzt wegen der EBI »End the Cage Age« in der Pflicht zu handeln. Etwa 1,4 Millionen Europäer:innen unterzeichneten diese Initiative, um sich für ein Ende der Käfighaltung in Europa einzusetzen. Erreicht eine EBI die erforderliche Anzahl von einer Million Unterschriften, muss sich die EU-Kommission mit dem Thema befassen. Doch obwohl diese selbst die Empfehlung ausgesprochen hatte, dass die Haltung in ganz Europa einheitlich geregelt und die Käfighaltung von Tieren in der Landwirtschaft beendet werden müsse,<sup>7</sup> steht der Legislativvorschlag für ein EU-weites Verbot der Käfighaltung noch aus.

**EU-Tierschutz-  
gesetzgebung  
weiterhin veraltet und  
ohne Ambition**

*EU-Bürger:innen fordern bessere Tierschutzstandards*

Damit essenzielle Tierschutzreformen in Europa nicht weiter hinausgezögert werden, forderten der Deutsche Tierschutzbund sowie weitere Mitgliedsorganisationen der europäischen Tierschutzdachorganisation Eurogroup for Animals die EU-Kommission auf, ihre Zusagen einzuhalten und die Überarbeitung der Tierschutzgesetzgebung fest in das Arbeitsprogramm 2026 aufzunehmen.<sup>8</sup> Dies sei entscheidend, um den klaren Erwartungen und Forderungen der EU-Bürger:innen nachzukommen, die sich seit Jahren für ein höheres Schutzniveau für Tiere einsetzen. Dass die Europäer:innen bessere Tierschutzstandards erwarten, bestätigte neben der EBI »End the Cage Age« zuletzt beispielsweise eine von der Europäischen Verbraucherschutzorganisation Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC) beauftragte repräsentative Befragung<sup>9</sup> in acht EU-Ländern. Demnach ist es allein in Deutschland der großen Mehrheit (78 Prozent) der befragten Verbraucher:innen sehr wichtig, dass EU-Agrarsubventionen zu mehr Tierwohl beitragen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband betonte dabei auch, dass eine tierschutz- und umweltfreundlichere Produktion von der GAP mitgetragen werden müsse.<sup>10</sup>

**Deutliche Mehrheit der Verbraucher:innen in ganz Europa für mehr Tierwohl**

*Überkopffang von Hühnern ist tierschutzwidrig*

Nicht nur die Käfighaltung ist im Umgang mit Hühnern höchst problematisch, auch die gängige Methode, die Tiere zum Fangen und Verladen an den Beinen hochzuheben und kopfüber zu tragen, sehen Tierschützer:innen überaus kritisch. Meist werden die Hühner dabei nur an einem Bein gegriffen und mehrere Tiere pro Hand fixiert, was großen Stress für sie bedeutet, zudem ein hohes Verletzungsrisiko birgt und das Atem- und Kreislaufsystem der Hühner beeinträchtigt. Anders als beispielsweise bei der Käfighaltung gibt es in diesem Fall eine gesetzliche Vorgabe – so ist das Kopfüberfangen laut EU-Transportverordnung verboten. Trotzdem praktiziert die Industrie diese tierschutz- und rechtswidrige Methode bis heute in Deutschland und anderen EU-Ländern aus rein wirtschaftlichen Gründen.

**Rendite geht vor Tierschutz**

Um gegen diese Praxis vorzugehen, hat der Deutsche Tierschutzbund zusammen mit der Deutschen Juristischen Gesellschaft (DJGT) 2025 gezielt Amtstierärztinnen und -ärzte über Handlungserfordernisse und -möglichkeiten aufgeklärt. Zusammen mit der niederländischen Organisation Eyes on Animals hat der Deutsche Tierschutzbund auch praktische Hilfestellung angeboten und in mehreren Praxisbetrieben eine tierschonendere aufrechte Fangmethode angeleitet. Das Ziel: Das rechtskonforme aufrechte Fangen in den Hühnerställen in Deutschland und EU-weit zu etablieren. Tatsächlich besteht angesichts der aktuellen politischen Mehrheitsverhältnisse jedoch die Gefahr, dass bei der Überarbeitung der EU-Tierschutztransport-Verordnung das bestehende Verbot des Kopfüberfangens auch ganz wegfällt.

**EFSA-Gutachten zu Rindern**

In der Rinderhaltung herrschen EU-weit ebenfalls zahlreiche Missstände, die eine Überarbeitung der europäischen Tierschutzvorschriften erforderlich machen. Das bekräftigte das erste, im Juli 2025 von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte Gutachten zum Wohlbefinden von Rindern in der EU.<sup>11</sup> Die Behörde zeigt darin gravierende tierschutzrelevante Mängel auf – beispielsweise unzureichende Platzangebote, zu wenig Einstreu und Beschäftigungsmöglichkeiten, Amputationen wie Enthornungen ohne ausreichende Betäubung bzw. Schmerzlinderung sowie ungeeignetes Futter und keinen Zugang ins Freie. Die EFSA kommt dabei zu dem Schluss, dass viele der derzeitigen Haltungssysteme, insbesondere die Anbindehaltung sowie die reine Stallhaltung, den art eigenen Bedürfnissen von Rindern nicht gerecht werden. Als Konsequenz fordert die Behörde, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus dem Gutachten ebenfalls als Grundlage für die neue EU-Tierschutzgesetzgebung dienen, um die Lebensbedingungen von Rindern entscheidend zu verbessern. Sie empfiehlt daher unter anderem, schmerzhaftes Amputationen wie die Enthornung bei Kälbern strenger zu reglementieren und Ställe abwechslungsreicher zu gestalten. Ebenso sollten Rinder immer Zugang zu sauberem Wasser haben und in stabilen sozialen Gruppen gehalten werden. Landwirt:innen, die ihre Rinder im Freien halten, sollten außerdem leicht zugängliche Unterstände anbieten, damit die Tiere bei Kälte und Hitze geschützt sind – aus

**EFSA konstatiert gravierende Mängel bei der Rinderhaltung**

Tierschutzsicht alles Maßnahmen, die Standard sein müssten, aber an denen es in der Realität wegen fehlender gesetzlicher Vorgaben meistens mangelt.

#### *Zahlreiche Tierschutzverstöße in der Rinderhaltung*

Für Rinder fehlen bislang konkrete Vorgaben in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, und auch die Vorgaben der bestehenden Leitlinien werden von den Betrieben oftmals nicht eingehalten. So kam es 2025 zu zahlreichen Tierschutzverstößen – in Deutschland insbesondere in bayerischen Rinderbetrieben. Aufgedeckt wurden diese häufig durch anonyme Anzeigen und Undercover-Aufnahmen. Ein großer Milchkuhbetrieb in Bad Grönenbach/Unterallgäu beispielsweise fiel durch besonders rohe Tierquälerei auf – und das, obwohl er bereits seit 2019 im Fokus der Behörden stand und gegen ihn mehrmals Anzeige gestellt wurde. Die Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) sprach daraufhin im August 2025 ein Tierhaltungs- und Betreuungsverbot gegen den Betriebsleiter aus.<sup>12</sup> Dies ist allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da der Betrieb von anderen Familienmitgliedern unverändert weitergeführt wird. Auch im Landkreis Rosenheim machten im Frühling 2025 zwei Betriebe Schlagzeilen: In einem Stall in Bad Aibling entdeckte das Veterinäramt neun tote Rinder, eine weitere Kuh musste wegen ihres schlechten Zustands eingeschläfert werden.<sup>13</sup> In der Gemeinde Griesstätt fanden Veterinär:innen bei einer Tierschutzkontrolle zudem 14 tote Rinder und drei tote Schafe.<sup>14</sup> In diesem Fall wurden ebenfalls drei weitere Rinder wegen ihres schlechten Gesundheitszustands eingeschläfert.

Solche Beispiele zeigen, dass die Kontrollquoten viel zu niedrig sind und Veterinärämtern oftmals das Personal fehlt. Wie Auswertungen belegen, findet in einem Betrieb durchschnittlich nur alle 19 Jahre eine Tierschutzkontrolle statt. In Bayern liegt die durchschnittliche Kontrollquote bei mehr als 40 Jahren.<sup>15</sup>

#### *Anbindehaltung: Noch immer kein gesetzliches Verbot*

Als äußerst tierschutzwidrig sehen Tierschutzverbände auch die gängige Praxis der Anbindehaltung, in der Rinder angekettet im Stall stehen und sich weder frei bewegen können noch Zugang an die frische Luft haben – ein massiver Einschnitt in ihre natürlichen Bedürfnisse. Die Tiere können lediglich fressen, sich hinlegen und aufstehen. Sie haben jedoch keine Möglichkeit umherzulaufen, sich umzudrehen oder sich bei Juckreiz am Rücken zu lecken. Auch das Ruheverhalten wird durch die Fixierung eingeschränkt. Haltungsbedingte Schäden wie Schwellungen an den Gelenken und Entzündungen der Euter sind häufig die Folge.<sup>16</sup> Bei der saisonalen Anbindehaltung gilt dies mehrere Monate im Jahr, bei der ganzjährigen Anbindehaltung sind die Tiere durchgehend fixiert – in Deutschland trifft das auf etwa zehn Prozent, also rund eine Million Rinder, zu. Tierschützer:innen fordern daher ein Ende sowohl der ganzjährigen als auch der saisonalen Anbindehaltung von Rindern. Auch die EFSA spricht sich dagegen aus, Rinder das ganze Jahr über im Stall zu fixieren. Während die Ampelkoalition für die Überarbeitung des Tierschutzgesetzes ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren vorgesehen hatte und die Kombihaltung nur mit Ausnahmen erlauben wollte, hat die neue Koalition aus Union und SPD dies bislang nicht weiterverfolgt. Tierschutzverbände fordern daher zu Recht, dass sich die Bundesregierung des Themas annimmt. Für Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer ist die ganzjährige Anbindehaltung ein Auslaufmodell.<sup>17</sup> Allerdings sieht er bislang davon ab, ein gesetzliches Verbot festzulegen.<sup>18</sup>

#### *Weidepflicht für Rinder: EU-Kommission signalisiert, Verordnung zu öffnen*

Der Zugang zur Weide ist essenziell für das Wohlbefinden von Rindern. Auf einer Weide können sich die sozialen Tiere beispielsweise frei bewegen, den Kontakt zu ihren Artgenossen pflegen, grasen und wichtige Nährstoffe aufnehmen. Aus diesem Grund besteht für landwirtschaftliche Betriebe mit Rindern in der Biohaltung auch eine Weidepflicht – laut EU-Öko-Verordnung gilt dies seit 1999 als Voraussetzung für die Anerkennung von Bioprodukten. Doch in Deutschland und speziell in Bayern, wo es bundesweit die meisten Biobetriebe mit Rinderhaltung gibt, wurde die Verordnung lange so interpretiert, dass auch ein Stall mit Auslauf und Grünfutter für das Biosiegel ausreiche. Die EU hatte angekündigt,

**Erneut massive  
Tierschutzprobleme  
in bayerischen  
Rinderbetrieben**

**Verbot der  
Anbindehaltung: immer  
noch nicht auf der  
politischen Agenda**

dies nicht länger zu akzeptieren. Angesichts der 2025 endenden Übergangsfrist fürchteten viele Landwirt:innen, ihr Biosiegel zu verlieren und auf konventionelle Haltung umstellen zu müssen, weil sie den Auflagen nicht nachkommen können. EU-Kommissar Christophe Hansen (EVP) verwies unterdessen darauf, dass Deutschland mehr als 25 Jahre Zeit hatte, die Richtlinien umzusetzen. Trotzdem signalisierte er, dass die EU-Kommission die Verordnung öffnen und eine entsprechende Gesetzesänderung vorlegen würde, die dann aber auch von EU-Parlament und Rat bewilligt werden müsse. Michaela Kaniber (CSU), Landwirtschaftsministerin in Bayern, sprach sich derweil dafür aus, die Erfüllung der Weidepflicht ab 2026 konsequent einzufordern. Schließlich sei das Vertrauen der Verbraucher:innen in die hohen Tierschutzstandards des Ökolandbaus ein hohes Gut.<sup>19</sup>

#### *Keine Einigung bei Tiertransporten in Sicht*

Keine Fortschritte gab es 2025 bei den Beratungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten beim Thema Tiertransporte. Eigentlich plant die EU schon seit Langem neue Vorschriften für Tiertransporte, aber nachdem die EU-Kommission im Dezember 2023 einen Reformvorschlag vorgelegt hatte, sind Verbesserungen für die Tiere nach wie vor nicht in Sicht. Während die Mitgliedstaaten im Rat der EU zwar kontrovers, aber konstruktiv diskutieren und die Arbeit rund um den Transport-Gesetzesvorschlag – wenn auch langsam – vorangeht, herrscht im Europaparlament eine gewisse Blockadehaltung. So bleiben die seit vielen Jahren bekannten gravierenden Missstände und das Tierleid vor allem bei den noch immer erlaubten Lebendtiertransporten von der EU in Drittländer bestehen – und das, obwohl Tierschutzverbände seit Jahrzehnten darauf aufmerksam machen und auf ein Verbot drängen. Bundestierschutzbeauftragte Silvia Breher sprach sich unterdessen für ein Ende der Lebendtiertransporte in sog. Tierschutz-Hochrisikostaaten außerhalb der EU aus, »in denen Tierschutzvorgaben nicht existieren, eingehalten und überwacht werden. Sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene.«<sup>20</sup>

**Blockadehaltung  
im Europaparlament**

*Kathrin Zvonek und Nadine Carstens*

#### **Nach der Maul- und Klauenseuche folgte die Vogelgrippe**

Etwa eine Million Hühner, Gänse, Enten und Puten getötet, zehntausende Kraniche infiziert

Gleich zwei Tierseuchen sind 2025 in Deutschland ausgebrochen und haben für Aufregung gesorgt. Im Januar ging es los mit einem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche (MKS) – dem ersten in Deutschland seit 37 Jahren. Die für Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine und weitere Tiere hoch ansteckende Viruserkrankung wurde bei einer Wasserbüffelherde in Brandenburg entdeckt. Es blieb bei diesem regionalen Kleinausbruch – danach gab es hierzulande keine weiteren bestätigten Fälle, sodass Deutschland laut der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) seit April 2025 wieder als »MKS-frei« gilt.<sup>1</sup> Weit ausverbreiteter ist der Ausbruch der Vogelgrippe, auch Aviäre Influenza oder Geflügelpest genannt. Erste Fälle meldete das Friedrich-Loeffler-Institut<sup>2</sup> im September 2025, seither breitet sich das Virus in Deutschland immer weiter aus. Die Infektionswelle startete in dem Jahr somit ungewöhnlich früh und heftig. Während die Zahl der bundesweiten Ausbrüche im September noch bei sechs lag, waren es im Oktober bereits 368, im November bisher 527 (Stand: 12. November 2025).<sup>3</sup> Die Erkrankung kommt vor allem bei wildlebenden Wasservögeln vor. Die hochansteckende Virusvariante

HPAIV, die im Herbst 2025 als H5N1 grassierte, gilt dem Friedrich-Loeffler-Institut zufolge als besonders gefährlich und endet bei infizierten Vögeln meist tödlich. Für den Menschen ist das Risiko, sich zu infizieren und schwer zu erkranken, hingegen nur gering.<sup>4</sup>

#### *Massensterben unter den Kranichen*

Vor allem unter Kranichen hat die Vogelgrippe zu einem Massensterben geführt. Dass die Zugvögel besonders betroffen sind, war bereits 2021 in Israel und 2023 in Ungarn zu beobachten. In Deutschland tritt diese Situation aber zum ersten Mal auf. So wurden seit Oktober 2025 hierzulande und in Frankreich rund 10.000 tote Kraniche gefunden (Stand: Anfang November 2025).<sup>5</sup> Einer der Gründe dürfte das Verhalten der Kraniche während ihres Zuges sein, das eine Infektion unter den Tieren begünstigt, da die Vögel an ihren Rastplätzen in großer Zahl zusammenkommen.<sup>6</sup>

#### *Zahlreiche Geflügelbetriebe betroffen*

Die Geflügelhalter:innen hat die schnelle Ausbreitung der Vogelgrippe in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Durch ►

## Der Schutzstatus des Wolfs wurde herabgestuft

**Statt Herdenschutz:  
mehr Abschüsse  
von Wölfen  
wahrscheinlich**

Ein Thema, das Landwirt:innen und Halter:innen von Weidetieren ebenfalls seit Jahren sehr beschäftigt, ist nach wie vor der Wolf. Zuletzt ließ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die bislang geltenden Schutzmaßnahmen für Wölfe überprüfen. Auf ihre Anweisung hin fand eine Analyse sämtlicher Daten rund um den Wolf statt. Doch obwohl aus dem Ergebnis aus Tierschutzsicht keine Belege hervorgehen, die eine Herabstufung des Schutzstatus rechtfertigen würden, hatte die EU-Kommission anschließend einen entsprechenden Vorschlag bei der Berner Konvention eingebracht. Nachdem dieser alle politischen Hürden genommen hatte, gilt der Wolf seit März 2025 nur noch als »geschützt« statt wie zuvor als »streng geschützt«. Als Folge hat Anfang Mai 2025 auch die EU ihre Gesetzgebung geändert und den Wolf in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie in seinem Schutzstatus herabgestuft.<sup>21</sup> Es ist somit zu erwarten, dass viele EU-Mitgliedstaaten künftig mehr Wölfe zum Abschuss freigeben, mit unübersehbaren Folgen für deren Bestand. Entsprechend kritisch ist ein erster Entwurf zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, der vom Bundeslandwirtschaftsministerium erarbeitet wurde und neben Jagdzeiten für den Wolf auch die Errichtung wolfsfreier Zonen vorsieht, einzustufen. Dabei zeigen wissenschaftliche Untersuchungen deutlich, dass Abschüsse allein nicht weiterhelfen, um Weidetiere besser zu schützen. Aus Tierschutzsicht wäre es daher sinnvoller, Tierhalter:innen besser zu unterstützen und Herdenschutzmaßnahmen zu ergreifen.

## Die Insektenindustrie steckt in der Krise

Angesichts all der bekannten Probleme vor allem in der konventionellen Landwirtschaft ist der Markt im Wandel und sucht nach zukunftsfähigen Alternativen – ein Beispiel hierfür sind Insektenproteine.<sup>22</sup> Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Natio-

das hohe Infektionsgeschehen erfasste das Virus schnell zahlreiche Geflügelbetriebe. Zum Schutz ihrer Bestände forderte die Geflügelwirtschaft ein bundesweites Aufstallungsgebot.<sup>7</sup> Bundesagrarminister Alois Rainer sah dafür jedoch keine Notwendigkeit (Redaktionsschluss: Mitte November 2025). Stattdessen rief er zu verstärkten Vorkehrungen auf. Geflügelbetrieben, darunter auch Hobby- und Kleinhaltungen, wird dringend empfohlen, Biosicherheitsmaßnahmen zu erhöhen und strikt einzuhalten. Denn laut Friedrich-Loeffler-Institut gilt neben direktem Kontakt mit infizierten Tieren insbesondere die indirekte Übertragung, z. B. über Schuhe oder Fahrzeuge, als einer der Hauptübertragungswege. Für zahlreiche Vögel kam diese Hilfe jedoch zu spät – laut Bundesinstitut für Tiergesundheit wurden seit Ausbruch der Vogelgrippe bis Anfang November 2025 etwa eine Million Hühner, Puten, Gänse und Enten vorsorglich getötet. In 66 Geflügelhaltungen sei das Virus bis dahin nachgewiesen worden – die Dimension sei bereits mit dem Rekordjahr 2021 vergleichbar.<sup>8</sup>

### Lückenlose Aufklärung gefordert

Wildvögel sind allerdings nicht die alleinigen Hauptüberträger der Vogelgrippe, mahnen einige Natur- und Tierschützer:innen, darunter z. B. der BUND Thüringen.<sup>9</sup> Diesem zufolge sprechen zahlreiche Hinweise dafür, dass sich Wildvögel erst infizieren, nachdem das Virus bereits

in Nutzgeflügelhaltungen verbreitet wurde. So traten die ersten Kranichverluste auf, *nachdem* in fünf Bundesländern – darunter Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – Infektionen in großen Geflügelbetrieben im September 2025 amtlich festgestellt worden waren, heißt es in einer offiziellen Mitteilung des Verbandes. Auch Jochen Dettmer, Sprecher des BUND-Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, sieht Kraniche als Opfer und nicht als Verursacher der Vogelgrippe: »Das Virus zirkuliert höchstwahrscheinlich in der Geflügelindustrie – über Stallentlüftungen, Mist und Gülle kann es in die Umwelt gelangen. Es ist daher falsch, Wildvögel pauschal zu beschuldigen und pauschal mit Stallpflichten zu reagieren, die vor allem für die ökologische und Freiland-Tierhaltung gravierende Folgen haben.« Aus Tierschutzsicht bedeuten Aufstallungen generell eine große Einschränkung für die Tiere, durch die auch das Tierschutzniveau der Freiland- bzw. Auslaufhaltungen deutlich sinkt.

Der BUND Thüringen und dessen Landesgeschäftsführer Sebastian König fordern, das Verursacherprinzip anzuwenden, die Ursachen des Infektionsgeschehens lückenlos aufzuklären und regelmäßige Beprobungen in Geflügelhaltungsbetrieben sowie Schlachthöfen verpflichtend einzuführen. Demnach können künftige Ausbrüche nur mit Transparenz und einer konsequenten Überwachung der industriellen Geflügelhaltung verhindert werden. ▶

nen (FAO) schreibt Insekten schon lange eine wichtige Rolle zu, um die Nahrungsgrundlage der wachsenden Weltbevölkerung zu sichern. Tierschutzverbände wie der Deutsche Tierschutzbund kritisieren die Insektenbranche jedoch schon von Beginn an. Tiere in Form von Tierfutter an sog. Nutztiere zu verfüttern, damit diese tierische Produkte für den menschlichen Verzehr liefern, ist aus tierethischer Perspektive nicht akzeptabel. Denn zu den Tieren in der Landwirtschaft kommen damit weitere Tierarten hinzu, die für tierische Lebensmittel sterben und leiden müssen. Das ist vergleichbar mit der Produktion von Fischmehl, das auch als Futtermittel zum Einsatz kommt. Nicht zuletzt ist es wissenschaftlich erwiesen, dass auch Insekten Schmerzreize weiterleiten und verarbeiten können.

Trotzdem haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Start-ups Insektenproteine als nachhaltige Alternative für Fleisch angepriesen. Die bisherige Annahme: Diese seien im Vergleich zu Fleisch nachhaltiger und trotzdem reich an Proteinen. Während Fleischprodukte in Bezug auf Tier- und Klimaschutz schlecht abschneiden, sollten Insektenproteine zumindest mit Blick auf die Nachhaltigkeit eine ökologische Alternative darstellen, sowohl für den menschlichen Verzehr als auch in Form von Tierfutter. Nach ihrem anfänglichen Aufschwung der vergangenen Jahre ist die Insektenindustrie 2025 aber in eine Krise geraten. So kämpfen die zwei größten europäischen Start-ups der Branche ums Überleben – unter anderem musste der französische Marktführer Insolvenz anmelden.<sup>23</sup>

Die EU-Kommission hatte bereits geplant, Standards für die ökologische Insektenproduktion in der EU zu entwickeln. Insektenzüchter:innen hofften deshalb auf eine Erweiterung der Produktpalette und somit auf leichten Profit. Zum Einsatz kämen die Insekten vor allem in der Aquakultur – um das bisherige Futtermittel aus Fischöl und -mehl, das aufgrund der Überfischung der Weltmeere immer teurer wird, zunehmend zu ersetzen. Währenddessen wächst allerdings die Nachfrage nach Fischen aus Aquakulturen stetig. Aufgrund der im Vergleich zu konventionell gehaltenen Insekten viel höheren Margen könnten Züchter:innen mit dem Verkauf von Insekten als Futtermittel große Gewinne erzielen – ohne die Haltung der Tiere nennenswert zu verbessern.

**Fragwürdige  
Versprechen in Sachen  
Nachhaltigkeit und  
Tierschutz**

**EU-Kommission will  
Standards für ökologische  
Insektenproduktion  
entwickeln**

#### Anmerkungen

- 1 Friedrich-Loeffler-Institut (FLI): Tierseuchengeschehen: Maul- und Klauenseuche ([www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/maul-und-klauenseuche/](http://www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/maul-und-klauenseuche/)).
- 2 Friedrich-Loeffler-Institut (FLI): Tierseuchengeschehen: Aviäre Influenza (AI)/Geflügelpest ([www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/aviaere-influenza-ai-gefluegelpest/](http://www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/aviaere-influenza-ai-gefluegelpest/)).
- 3 TierSeuchenInformationssystem (TSIS) – Friedrich-Loeffler-Institut: Aviäre Influenza – Monatliche Entwicklung (<https://tsis.fli.de/cadenza/repositories/j-SlqCKELaT-Dy8RoFRCW/workbooks/Aviaere-Influenza-ugs.-Vogelgrippe,KZDvzqKWkpK-ZFdJrsjq/worksheets/Monatliche-Entwicklung,IsfVlXmPJbPzayzTYMko?workbookHash=Tp gNz4Gl-pHVuLWGfRNLuU8JwPBZGsdY4poPkAkp-A3lyvnr>).
- 4 Robert Koch-Institut: RKI zu humanen Erkrankungen mit aviärer Influenza (Vogelgrippe) ([www.rki.de/DE/Themen/Infektionskrankheiten/Infektionskrankheiten-A-Z/Z/ZoonotischeInfluenza/Vogelgrippe.html](http://www.rki.de/DE/Themen/Infektionskrankheiten/Infektionskrankheiten-A-Z/Z/ZoonotischeInfluenza/Vogelgrippe.html)).
- 5 Naturschutzbund Deutschland (NABU): Start der letzten Kranichzug-Etappe? Flug in die Winterquartiere im Schatten der Vogelgrippe ([www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/artenschutz/kranich/kranichzug-aktuell.html](http://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/artenschutz/kranich/kranichzug-aktuell.html)).
- 6 Naturschutzbund Deutschland (NABU): Vogelgrippe: So verläuft die H5N1-Pandemie. Kraniche so stark betroffen wie nie ([www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html](http://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html)).
- 7 »Neue Vogelgrippe-Ausbrüche in Cloppenburg, Oldenburg und Verden«. Meldung in topagrar.com vom 13. November 2025 ([www.topagrar.com/gefluegel/neue-vogelgrippe-ausbrueche-in-cloppenburg-oldenburg-und-verden-p-20019135.html](http://www.topagrar.com/gefluegel/neue-vogelgrippe-ausbrueche-in-cloppenburg-oldenburg-und-verden-p-20019135.html)).

- 8 »Vogelgrippe grassiert – fast eine Million Tiere getötet«. Meldung des Bayerischen Rundfunks (BR) vom 3. November 2025 ([www.br.de/nachrichten/meldung/vogelgrippe-grassiert-fast-eine-million-tiere-getoetet,30077ab21](http://www.br.de/nachrichten/meldung/vogelgrippe-grassiert-fast-eine-million-tiere-getoetet,30077ab21)).
- 9 »Vogelgrippe ist ein Problem der industriellen Geflügelhaltung – nicht der Wildvögel!«. Pressemitteilung des BUND Thüringen vom 5. November 2025 ([www.bundthueringen.de/service/presse/detail/news/vogelgrippe-ist-ein-problem-der-industriellen-gefluegelhaltung-nicht-der-wildvoegel/](http://www.bundthueringen.de/service/presse/detail/news/vogelgrippe-ist-ein-problem-der-industriellen-gefluegelhaltung-nicht-der-wildvoegel/)).



**Kathrin Zvonek**

Tierärztin, Fachreferentin für Interdisziplinäre Themen beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

[kathrin.zvonek@tierschutzakademie.de](mailto:kathrin.zvonek@tierschutzakademie.de)



**Nadine Carstens**

Stellvertretende Leiterin der Redaktion des Deutschen Tierschutzbundes e.V.

[carstens@tierschutzbund.de](mailto:carstens@tierschutzbund.de)

Auch die Wissenschaft liefert neue Erkenntnisse, die die Unternehmen vor Herausforderungen stellen. Eine im Februar 2025 veröffentlichte Studie<sup>24</sup> stellt infrage, ob Insekten tatsächlich eine nachhaltige Proteinalternative darstellen. Das Fazit: Nicht in dem Maß, wie bislang angepriesen. Die bisherigen Nachhaltigkeitsversprechen beruhen demnach oft auf veralteten Studien, die heute nicht mehr repräsentativ seien, so die Autor:innen. Zudem vergleichen Unternehmer:innen Insekten oft direkt mit Fleisch. Dabei konkurrieren Insektenprodukte vielmehr mit pflanzlichen Snacks wie Proteinriegeln oder Backwaren, wo sie hauptsächlich eingesetzt werden. Diese haben einen deutlich geringeren ökologischen Fußabdruck als Fleisch und als Produkte aus Insekten. Zahlreiche Studien vernachlässigten zudem, dass der Wasserverbrauch von Insektenfarmen teils hoch ist.

**Insekten als nachhaltige  
Proteinalternative? –  
Zweifel wachsen**

Den umweltfreundlichen Vorsatz, Insekten mit Lebensmittelabfällen zu füttern, erfüllt die Industrie ebenfalls kaum. Abfälle schwanken in der Qualität, sind nicht immer verfügbar und bergen hygienische Risiken. Daher kommen meist hochwertige Getreidenebenprodukte zum Einsatz, die bereits als Tierfutter dienen. Auch ökonomisch betrachtet überzeugen Insektenproteine laut der Studie nicht, da theoretische Kostenkalkulationen stets Futter-, Energie- sowie Investitions- und Wartungskosten unterschätzen.

### **Herausforderungen und Chancen für pflanzliche Alternativen**

Die Innovationsaktivitäten in der Lebensmittelbranche gehen zurück, das betrifft trotz vieler Produktneueinführungen auch vegane Unternehmen. Dass das hohe Innovationspotenzial in diesem Bereich nicht ganz ausgeschöpft werden kann, liegt unter anderem an verschiedenen Herausforderungen und Barrieren, wie eine im April 2025 veröffentlichte Analyse von Food Harbour Hamburg, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) in Heilbronn und TUM Venture Labs beleuchtet hat.<sup>25</sup> Zu den Hindernissen, die es Unternehmen derzeit erschweren, zukunftsfähige Produkte und Prozesse zu entwickeln, gehören demnach unter anderem die hohen Entwicklungskosten und regulatorischen Hürden wie etwa die Novel-Food-Verordnung, die Marktmacht des Handels sowie fehlende Ressourcen in den Unternehmen. Besonders pflanzliche Alternativen könnten aber profitieren, wenn Politik und Wirtschaft gemeinsam gezielt Innovationshemmnisse abbauen, so die Verfasser:innen.

**Hohe Entwicklungs-  
kosten und  
regulatorische Hürden**

#### *Wissenschaftliches Gremium für Förderung pflanzenbasierter Lebensmittel*

Dass pflanzliche Alternativen trotz regulatorischer Hürden für Unternehmen politisch eine größere Rolle spielen sollten, rät zudem der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) in einem im Juli 2025 veröffentlichten Gutachten<sup>26</sup> (siehe hierzu auch den Beitrag von Achim Spiller in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 68-73). Laut Empfehlung des unabhängigen interdisziplinären Gremiums, das auch das Bundeslandwirtschaftsministerium berät, sollten Produkte wie Pflanzendrinks oder Burger aus Erbsenprotein steuerlich nicht länger benachteiligt werden. So fällt dafür hierzulande die Mehrwertsteuer von 19 Prozent an, während es für Kuhmilch nur sieben Prozent sind. Das Gutachten rät darüber hinaus, die Mehrwertsteuer auf tierische Produkte schrittweise zu erhöhen, um finanziellen Spielraum für bessere Tierhaltungsformen zu schaffen. Gleichzeitig weist es darauf hin, dass eine bloße Konsumreduktion ohne politische Regulierung wahrscheinlich eine andere Folge nach sich zieht: Unternehmen könnten Fleisch & Co. möglichst günstig und somit unter noch schlechteren Bedingungen produzieren, um wirtschaftlich mithalten zu können. Eine Erkenntnis des Gutachtens ist außerdem, dass die Meinungen zu pflanzlichen Alternativen in der Gesellschaft viel weniger auseinandergehen und der Rückhalt größer ist, als die von Konflikten geprägte politische Debatte bisher vermuten ließ. Der Beirat plädiert daher dafür, den öffentlichen Diskurs um Alternativprodukte zu versachlichen.

**WBAE-Beirat  
empfiehlt: Steuerliche  
Begünstigung tierischer  
Lebensmittel beenden**

#### *Europarlament stimmt gegen vegane und vegetarische Produktbezeichnungen*

An Sachlichkeit fehlte es zuletzt auch beim Thema Produktbezeichnungen veganer und vegetarischer Fleischalternativen. Das Europaparlament hatte im Oktober 2025 mehrheitlich

dafür gestimmt, dass Veggie-»Schnitzel«, vegetarische »Wurst« oder pflanzlicher »Burger« zukünftig keine zulässigen Bezeichnungen für Fleischalternativen mehr sind. Endgültig ist die Entscheidung noch nicht, denn die Verhandlungen mit den 27 EU-Ländern stehen noch aus. Bereits 2020 diskutierte das EU-Parlament über Bezeichnungen von Milch- sowie Fleischalternativen. Damals wurden die jeweiligen Anträge aber zurückgezogen.<sup>27</sup> Im Oktober 2025 hatte die Europäische Volkspartei (EVP) diese Thematik neu aufgerollt.

Oftmals wird dabei das Argument des Verbraucherschutzes genannt. Tierische und vegane sowie vegetarische Produkte seien demnach zu leicht zu verwechseln. Diese vermeintliche Gefahr könne der Markt Konsument:innen nicht zumuten, da die Nährstoffe in tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln unterschiedlich zusammengesetzt sind. Zahlreiche Vertreter:innen von Organisationen, Handel und herstellenden Unternehmen sehen das Argument des Verbraucherschutzes jedoch als Vorwand. Denn durch den auf der Verpackung abgebildeten Zusatz »vegan« und durch die entsprechende Zertifizierung wird deutlich, wenn es sich um ein pflanzliches Produkt handelt. Sind die Bezeichnungen zudem wie bisher an tierische Fleischprodukte angelehnt, können Verbraucher:innen sich in der Regel auch mehr darunter vorstellen – das ist schließlich der Vorteil solcher veganer Alternativprodukte: Es sind leicht zu erkennende Alternativen für bereits existierende tierische Produkte. Die zahlreichen Tierschutzprobleme und Maßnahmen für einen nachhaltigen Wandel des Landwirtschafts- und Ernährungssystems gingen in der Debatte im EU-Parlament hingegen gänzlich unter. Zudem sorgt das Abstimmungsergebnis bei vegan ausgerichteten Unternehmen für erhebliche Unkosten. Für das Verbot waren überwiegend die konservativen und rechten Fraktionen, aber die deutschen EVP-Abgeordneten stimmten mehrheitlich dagegen. Auch Bundesagrarminister Rainer hatte sich gegen das Verbot ausgesprochen.<sup>28</sup>

**Scheindebatte um  
Kennzeichnung  
veganer Lebensmittel**

### Meerestiere brauchen mehr Schutz

Weitaus sinnvoller und wegweisender erscheint dagegen der Europäische Ozean-Pakt – eine Initiative zum langfristigen Schutz der Weltmeere, die die EU-Kommission im Juni 2025 verabschiedete<sup>29</sup> (siehe hierzu auch den Beitrag von Kai Kaschinski in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S.134-142). Auf der dritten Ozeankonferenz der Vereinten Nationen in Nizza kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro an, um die Erhaltung der Meere, die Wissenschaft und die nachhaltige Fischerei zu unterstützen. Mit diesem Pakt solle die Meerespolitik der EU einen einheitlichen und koordinierten Rahmen erhalten, der sich auf die Zusammenarbeit zwischen EU-Ländern, Regionen und Interessenträger:innen – einschließlich Fischer:innen, Innovator:innen, Investor:innen, Wissenschaftler:innen und der Zivilgesellschaft – stütze, so die offiziellen Angaben.

**Europäischer Ozean-Pakt  
angekündigt ...**

Die Eurogroup for Animals, der Dachverband europäischer Tierschutzorganisationen, beurteilt den Vorstoß jedoch als ungenügend, da der Pakt den Schutz von Meerestieren kaum berücksichtige und die Aquakultur sogar ausgebaut werden solle.<sup>30</sup> Die auf der UN-Ozeankonferenz verabschiedete politische Erklärung habe es nicht geschafft, Biodiversität und Tierschutz miteinander zu verknüpfen und verpasse damit eine weitere wichtige Chance, so die Eurogroup. Auch die World Federation for Animals kritisierte, dass erforderliche Maßnahmen zum Schutz der Meerestiere nicht genügend thematisiert werden – z. B. gegen problematische Fischereimethoden wie etwa Grundschleppnetzfischerei und nicht-selektive Fanggeräte, die weiterhin die Ökosysteme der Ozeane schädigen, mit hohen Beifangmengen einhergehen und Meerestiere bedrohen.<sup>31</sup> Zu wenig Beachtung findet aus Tierschutzsicht auch das Thema Unterwasserlärm. Zwar sieht die Erklärung die Lärmbelästigung, die durch Schiffe verursacht wird, als Problem an. Es fehlen aber Vorkehrungen gegen weitere Lärmquellen wie seismische Untersuchungen oder militärische Mess- und Ortungsmittel, die bei Meerestieren ebenfalls zu Stress, Desorientierung, Hörverlust und sogar zu ihrem Tod führen können. Ein weiterer Kritikpunkt an der Erklärung ist, dass die wichtige Rolle von Meerestieren im Klimaschutz zu wenig berücksichtigt wird. Denn Tierarten wie bestimmte Fische, Haie oder auch Krill sind für die Kohlenstoffbindung und die Regulierung von Ökosystemen unerlässlich, und brauchen weitaus besseren Schutz.

**... aber Tierschutzaspekte  
bleiben weitgehend  
unberücksichtigt**

### Forderung nach einem EU-weiten Verbot von Oktopus-Aquakulturen

Auch Oktopusse gelten als stark bedroht, denn in der EU existieren bislang keine Fangquoten. Es gibt lediglich Regeln, die besagen, wie viele Fallen auf dem Meeresgrund aufgestellt werden dürfen – doch diese werden oft ignoriert. In Ländern wie Italien oder Griechenland entfernen Behörden jedes Jahr zig Tausende illegale Oktopusfallen aus dem Meer. Eine potenzielle Alternative zum Fang sollen Aquakulturen sein. Gran Canaria z. B. plant, eine Aquakultur zur Zucht von Oktopussen zu errichten. Es wäre die erste ihrer Art und würde aus Dutzenden Becken bestehen, in denen jedes Jahr bis zu eine Million Kraken großgezogen und geschlachtet werden sollen.

Tierschutzorganisationen aus ganz Europa setzen sich für ein EU-weites Verbot von Oktopus-Aquakulturen ein.<sup>32</sup> Unter anderem kritisieren sie, dass in solchen Zuchtanlagen die Tiere dicht gedrängt in überfüllten Becken leben und tierschutzwidrig durch Erfrieren im Eisbad getötet würden. Eine verhaltensgerechte Haltung und Versorgung wäre unmöglich. Oktopoden sind aufgrund ihrer weichen Haut sehr verletzungsanfällig. Werden die Einzeltiere in Gruppen gehalten, kann das zu einem gesteigerten Aggressionsverhalten und Kannibalismus führen. Die eingesetzten Futtermittel aus verarbeitetem Fischmehl und Fischöl sind nicht nachhaltig und tragen so zur Überfischung der Meere bei. Zudem gibt es bisher keine rechtlichen Rahmenbedingungen für die Haltung oder Schlachtung. Angesichts der beachtlichen kognitiven Fähigkeiten und Sensibilität von Oktopoden wäre die monotone Aquakultur-Haltung eine zusätzliche Qual für die Tiere.

**Eindeutig  
tierschutzwidrig:  
Aquakulturhaltung von  
Oktopussen**

### Fazit

Die nur schleppenden Entwicklungen für mehr Tierschutz im Jahr 2025 zeigen: Das Thema hat, teils angesichts der aktuellen Weltlage, teils wegen des fehlenden politischen Willens, zurzeit leider keinen allzu hohen Stellenwert. Das wird daran deutlich, dass Vorhaben angekündigt, aber dann auf die lange Bank geschoben werden, wie z. B. die Modernisierung der EU-Tierschutzgesetzgebung, die sich seit vielen Jahren hinzieht. Es wird wohl zunehmend auf den Druck aus der Gesellschaft ankommen, Änderungen im Sinne des Tier-, Klima- und Umweltschutzes in der Landwirtschaft zu bewirken. Aber auch ein Dialog zwischen den relevanten Beteiligten, wie z. B. beim EU-Dialog zur Landwirtschaft, kann wichtige Impulse geben. Um endlich tiefgreifende und dringend erforderliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die EU-weit das Tierleid in landwirtschaftlichen Betrieben grundlegend reduzieren würden, sollte die Expertise aus der Wissenschaft dringend wieder mehr Berücksichtigung finden.

### Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU muss umgebaut und verstärkt an Tierschutzkriterien ausgerichtet werden. So sollten beispielsweise ein Abbau der Tierhaltung in der Landwirtschaft und der Umbau von Ställen in tierschutzkonformere Haltungsförmungen gefördert werden.
2. Die EU muss ihre Tierschutzgesetzgebung modernisieren, denn bislang gibt es lediglich einzelne veraltete Gesetze und Verordnungen, die nur Teilbereiche abdecken und dringend überarbeitet werden müssen – etwa die Transport- oder die Schlachtverordnung. Dabei ist es auch unabdingbar, die Käfighaltung zu verbieten und Regelungen für die Tierarten einzuführen, für die es bisher noch keine gibt.
3. Tierschutzkriterien müssen in Handelsabkommen aufgenommen werden, um europäische Landwirt:innen nicht zu benachteiligen und damit keine Produkte in die EU eingeführt werden, die die europäischen Tierschutzstandards nicht einhalten.
4. Die Politik sollte sich nach wissenschaftlichen Empfehlungen ausrichten, ähnlich wie z. B. bei der Zukunftsvision »Vision for Agriculture« der EU-Kommission.
5. Meerestiere brauchen mehr Schutz – z. B. gegen problematische Fischereimethoden wie Grundschleppnetzfischerei und nicht-selektive Fanggeräte sowie vor Unterwasserlärm. Ebenso sollte die EU die Haltung und Zucht von Oktopoden in Aquakulturen verbieten.



**Anmerkungen**

- 1 Europäische Kommission: Arbeitsprogramm 2026 der Europäischen Kommission ([https://germany.representation.ec.europa.eu/news/arbeitsprogramm-2026-der-europaischen-kommission-2025-10-21\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/arbeitsprogramm-2026-der-europaischen-kommission-2025-10-21_de)).
- 2 Europäische Kommission: Konsultation zum Tierwohl von Nutztieren ([https://germany.representation.ec.europa.eu/news/konsultation-zum-tierwohl-von-nutztieren-2025-09-19\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/konsultation-zum-tierwohl-von-nutztieren-2025-09-19_de)).
- 3 Europäische Kommission: Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft ([https://agriculture.ec.europa.eu/overview-vision-agriculture-food/main-initiatives-strategic-dialogue-future-eu-agriculture\\_de#strategic-dialogue-report](https://agriculture.ec.europa.eu/overview-vision-agriculture-food/main-initiatives-strategic-dialogue-future-eu-agriculture_de#strategic-dialogue-report)).
- 4 European Commission: European Board on Agriculture and Food ([https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/committees-and-expert-groups/ebaf\\_en?prefLang=de](https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/committees-and-expert-groups/ebaf_en?prefLang=de)).
- 5 European Commission: Vision for Agriculture and Food ([https://agriculture.ec.europa.eu/overview-vision-agriculture-food/vision-agriculture-and-food\\_en](https://agriculture.ec.europa.eu/overview-vision-agriculture-food/vision-agriculture-and-food_en)).
- 6 »Vision for Agriculture and Food mit wenigen Überraschungen«. Pressemitteilung des Deutschen Tierschutzbundes vom 19. Februar 2025 ([www.tierschutzbund.de/ueber-uns/aktuelles/presse/meldung/vision-for-agriculture-and-food-mit-wenigen-ueberraschungen/](http://www.tierschutzbund.de/ueber-uns/aktuelles/presse/meldung/vision-for-agriculture-and-food-mit-wenigen-ueberraschungen/)).
- 7 Europäische Kommission: Europäische Bürgerinitiative: Kommission schlägt vor, Käfighaltung für landwirtschaftliche Nutztiere schrittweise zu beenden ([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3297](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3297)).
- 8 »Deutscher Tierschutzbund: EU-Kommission muss Zusagen zur Tierschutzgesetzgebung einhalten!« Pressemitteilung des Deutschen Tierschutzbundes vom 17. Oktober 2025.
- 9 Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC): The Common Agricultural Policy Cap: What consumers want ([www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-044\\_The\\_Common\\_Agricultural\\_Policy\\_%28CAP%29\\_what\\_consumers\\_want.pdf](http://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-044_The_Common_Agricultural_Policy_%28CAP%29_what_consumers_want.pdf)).
- 10 Verbraucherzentrale Bundesverband: EU-Agrarpolitik: Verbraucher:innen erwarten mehr Tierwohl und Nachhaltigkeit ([www.vzbv.de/pressemitteilungen/eu-agrarpolitik-verbraucherinnen-erwarten-mehrtierwohl-und-nachhaltigkeit](http://www.vzbv.de/pressemitteilungen/eu-agrarpolitik-verbraucherinnen-erwarten-mehrtierwohl-und-nachhaltigkeit)).
- 11 European Food Safety Authority (EFSA): Welfare of beef cattle ([www.efsa.europa.eu/en/plain-language-summary/welfare-beef-cattle](http://www.efsa.europa.eu/en/plain-language-summary/welfare-beef-cattle)).
- 12 »Tierhalteverbot für Landwirt im Allgäu«. In: Der Spiegel (online) vom 26. August 2025.
- 13 Landkreis Rosenheim: Wieder tote Rinder auf Bauernhof entdeckt«. Meldung BR.de vom 11. April 2025.
- 14 »17 tote Tiere auf Hof in Oberbayern: Ermittlungen laufen«. Meldung in agrarheute.com vom 27. März 2025.
- 15 »Tierschutz-Kontrollen erweisen sich als mangelhaft und ineffektiv«. Pressemitteilung von Vier Pfoten vom 29. August 2022.
- 16 Deutscher Tierschutzbund: Positionspapier zur Anbindehaltung von Rindern ([www.tierschutzbund.de/fileadmin/Seiten/tierschutzbund.de/Downloads/Berichte/Positionspapier\\_Anbindehaltung.pdf](http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/Seiten/tierschutzbund.de/Downloads/Berichte/Positionspapier_Anbindehaltung.pdf)).
- 17 »Mehr Vertrauen statt Misstrauen und Kontrollwut«. Interview mit Bundesminister Alois Rainer in der Augsburgener Allgemeinen. 17. Juni 2025.
- 18 »Verbot der Anbindehaltung im Kuhstall: Alles wieder auf Anfang?«. Meldung BR.de vom 4. Mai 2025.
- 19 »EU bewegt sich bei Weidepflicht für Biorinder«. Meldung BR.de. vom 31. Juli 2025.
- 20 Instagram-Beitrag von Silvia Breher vom 18. November 2025 ([www.instagram.com/p/DRML5atiFwm/](http://www.instagram.com/p/DRML5atiFwm/)).
- 21 Rat der Europäischen Union: Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie: Rat billigt endgültig den neuen Schutzstatus des Wolfs. 5. Juni 2025 ([www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/05/habitats-directive-council-gives-final-approval-to-the-new-protection-status-of-wolves/](http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/05/habitats-directive-council-gives-final-approval-to-the-new-protection-status-of-wolves/)).
- 22 Siehe hierzu auch den Beitrag von N. Brakebusch: Keiner Fliege etwas zuleide tun? Tierschutzaspekte bei der industriellen Produktion von Proteinen aus Insekten – zwei Fallbeispiele. In: Der kritische Agrarbericht 2024, S. 257-262.
- 23 D. Leprince-Ringuet: Insect protein startup Ÿnsect files for insolvency. In: siftet news dated 24. February 2025.
- 24 C. Biteau et al.: Bugs in the system. The logic of insect farming research is flawed by unfounded assumptions. In: Sustainable Agriculture 3/9 (2025).
- 25 C. L. Demming, J. Matzer and R. Werner: Barriers to Innovation: Welche Hürden verhindern, dass Food-Unternehmen innovativer sind? Studie 2025 ([www.foodharbour.de/\\_files/ugd/04865b\\_4ec655d52d3049fba315f8059a04d654.pdf](http://www.foodharbour.de/_files/ugd/04865b_4ec655d52d3049fba315f8059a04d654.pdf)).
- 26 Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMLEH. Berlin 2025.
- 27 »Bahnbrechender Erfolg für nachhaltige Entwicklung: Europa lehnt die Zensur pflanzlicher Milchalternativen ab«. Pressemitteilung von ProVeg vom 26. Mai 2021.
- 28 »Veggie-Burger: Agrarminister Rainer gegen Namensverbot«. Meldung Zdfheute.de vom 27. Oktober 2025.
- 29 Europäische Kommission: Kommission nimmt Pakt für Meere an: 1 Mrd. EUR für die marine Tier- und Pflanzenwelt und die blaue Wirtschaft ([https://commission.europa.eu/news-and-media/news/commission-adopts-ocean-pact-eur-billion-protect-marine-life-and-strengthen-blue-economy-2025-06-11\\_de](https://commission.europa.eu/news-and-media/news/commission-adopts-ocean-pact-eur-billion-protect-marine-life-and-strengthen-blue-economy-2025-06-11_de)).
- 30 »First European Ocean Pact misses the mark on protecting aquatic life«. Press release Eurogroup for Animals dated 24. June 2025 ([www.eurogroupforanimals.org/news/first-european-ocean-pact-misses-mark-protecting-aquatic-life](http://www.eurogroupforanimals.org/news/first-european-ocean-pact-misses-mark-protecting-aquatic-life)).
- 31 World Federation for Animals: UN Ocean Conference 2025: Key outcomes for marine animals (<https://wfa.org/unoc3/>).
- 32 Deutscher Tierschutzbund und Eurogroup for Animals: Plans for the world's first octopus factory farm ([www.eurogroupforanimals.org/library/plans-worlds-first-octopus-factory-farm](http://www.eurogroupforanimals.org/library/plans-worlds-first-octopus-factory-farm)).



**Nadine Carstens**  
Stellvertretende Leiterin  
der Redaktion des Deutschen  
Tierschutzbundes e.V.  
[carstens@tierschutzbund.de](mailto:carstens@tierschutzbund.de)